



Die Mündliche Anfrage des Abgeordneten Brandner (AfD)

Theater- und Orchesterlandschaft in Thüringen

- Drucksache 6/971-

Präsident Carius:

Damit sind die Nachfragen erledigt. Wir kommen zur Anfrage des Herrn Abgeordneten Brandner in der Drucksache 6/971. Herr Brandner hat das Wort.

Abgeordneter Brandner, AfD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Theater- und Orchesterlandschaft in Thüringen

Laut Medienberichten plant die Landesregierung eine Reform der Thüringer Theater- und Orchesterlandschaft – siehe zum Beispiel TLZ vom 20. August 2015, das ist schon ein bisschen älter –. Nach den bislang bekannt gewordenen Vorhaben der Landesregierung sollen beispielsweise das Nationaltheater in Weimar seine Opernsparte verlieren und Eisenach seine Landeskapelle. In Altenburg/Gera soll das Orchester um etwa ein Drittel der Planstellen verringert werden.

Im Koalitionsvertrag – den auch wir zwischenzeitlich gelesen haben – der Regierungsparteien ist unter der Überschrift „Theater und Orchester“ zu lesen: „Die Koalition strebt den Erhalt aller Thüringer Theater und Orchester in ihrer bestehenden Form, Struktur und Bandbreite an. Die Koalition wird gemeinsam mit den kommunalen Trägern für mehr Planungssicherheit und nachhaltige Qualitätssicherung bei Theatern und Orchestern langfristige Finanzierungsvereinbarungen abschließen.“

Ich frage ich die Landesregierung:

1. Gelten die beiden eingangs aus dem Koalitionsvertrag zitierten Sätze uneingeschränkt oder hat die Landesregierung die im Koalitionsvertrag bekundete Absicht, gegebenenfalls teilweise, aufgegeben?
2. Wie ist die Formulierung „Die Koalition strebt den Erhalt aller Thüringer Theater und Orchester in ihrer bestehenden Form, Struktur und Bandbreite an.“ hinsichtlich ihrer Umsetzung durch die Landesregierung zu verstehen?
3. Auf welchen, gegebenenfalls vom Koalitionsvertrag abweichenden, Vereinbarungen, Planungen

oder Überlegungen beruhen die bis jetzt bekannt gewordenen geplanten Maßnahmen?

4. Gefährden die bekannt gewordenen Absichten der Landesregierung die Thüringer Theater- und Orchesterlandschaft als Bestandteil der Unesco-Welterbeliste (seit 2014), und wenn nein, warum nicht?

Präsident Carius:

Für die Landesregierung antwortet die Staatskanzlei, Herr Minister Prof. Hoff.

Prof. Dr. Hoff, Minister für Kultur, Bundes- und Europaangelegenheiten und Chef der Staatskanzlei:

Zu Frage 1: Herr Präsident, sehr geehrter Herr Abgeordneter, die Ziele gelten weiterhin. Diesschließt die Gespräche, die wir mit den kommunalen Trägern und den Intendantinnen und Intendanten führen ausdrücklich ein, denn diese Gespräche dienen dem Ziel, dem Koalitionsvertrag auch zur Gültigkeit zu verhelfen.

Zu den Fragen 2 und 3: Das Land steht im Austausch mit den Trägern und den Intendantinnen und Intendanten. Auf Basis dieses Dialogs solle ein Strukturmodell vorgestellt werden, das dann zur öffentlichen Debatte zur Verfügung steht und in dem Fragen, die Sie auch aufgeworfen haben, zu beantworten sein werden. Im Übrigen verweise ich auf die Ausführungen, die ich zu diesem Thema auf mehrfaches Insistieren von Ihrer Seite auch im vergangenen Kulturausschuss vergangenen Freitag gemacht habe.

Zu Frage 4 antworte ich ausdrücklich mit Nein.

(Beifall DIE LINKE)

Präsident Carius:

Gibt es Nachfragen? Herr Brandner.

Abgeordneter Brandner, AfD:

Der Kulturausschuss ist nicht öffentlich, deshalb wäre es schön, wenn Sie die Antworten hier geben könnten und nicht auf den Ausschuss verweisen.

Eine Nachfrage habe ich allerdings. In Frage 1 habe ich nicht gefragt, ob die weiterhin gelten sollen, ich habe gefragt, ob sie uneingeschränkt weiterhin gelten. Darauf hätte ich gern eine Antwort.

Prof. Dr. Hoff, Minister für Kultur, Bundes- und Europaangelegenheiten und Chef der Staatskanzlei:

Sie haben aus dem Koalitionsvertrag zitiert. Wir streben den Erhalt der bestehenden Strukturen an und wir wollen langfristige Planungssicherheit. Diese Ziele gelten uneingeschränkt, deshalb führen wir Gespräche.

Präsident Carius:

Vielen Dank. Weitere Nachfragen sehe ich nicht. Damit kommen wir zur Anfrage der Frau Abgeordneten Leukefeld in der Drucksache 6/972.